Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1385

17. 05. 95

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Auswirkungen der aktuellen währungspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die Landwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   — Die Währungsturbulenzen in jüngster Zeit haben unabhängig von dem Beschluß der Europäischen Kommission und dessen möglicher Realisierung die Warenströme im EU-Binnenmarkt verändert und durcheinandergebracht. Umsatzverluste im traditionellen deutschen Exportgeschäft von Agrarprodukten und die Verbesserungen der Importchancen für die ausländische Konkurrenz führen zu zusätzlichen Einkommensverlusten in der schon jetzt sehr angespannten Einkommenssituation vieler landwirtschaftlicher Familien;

   — die Abschaffung des Switch-over-Mechanismus und das Floaten der Währungen innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) haben durch die De-facto-Aufwertung der DM Einnahmeverluste und schwerwiegende Wettbewerbsverzerrungen für die Landwirtschaft in Deutschland zur Folge. Die Bundesregierung hat offensichtlich diese Entwicklung verkannt. Sie hat damit stillschweigend innergemeinschaftliche Aufwendungen (Subventionen) für den Agrarbereich hingenommen. Sie hat damit in Abwertungsländern Preisvorteile in Bereichen, in denen die Preise durch Marktordnungen in ECU vorgegeben sind, zugelassen. Sie hat damit letztlich auch in diesen Ländern Erhöhungen bei den im Rahmen der EU-Agrarreform geleisteten Ausgleichszahlungen und Prämien ermöglicht;

   — die Bundesregierung hat zudem den Bäuerinnen und Bauern immer wieder eingeredet, die im Rahmen der EU-Agrarreform beschlossenen Ausgleichszahlungen und Tier-

prämien seien aufwertungsfest. Daß dies nicht stimmt, zeigt sich heute. Die Bundesregierung mußte wissen, daß die geltenden agrarmonetären Regelungen vorsehen, daß GATT-Erfordernisse und die Haushaltsdisziplin und damit die Einhaltung der Agrarleitlinie zu berücksichtigen sind und damit das Agrarkompensationssystem diesen Regeln unterliegt;

— der Beschluß der Europäischen Kommission zwingt die Bundesregierung zum Offenbarungseid, will sie die in ihrer Koalitionsvereinbarung niedergelegte Absicht, die Landwirtschaft vor abrupten währungsbedingten Preissenkungen zu schützen, verwirklichen.

Der Deutsche Bundestag stellt darüber hinaus fest:

Die ungünstige Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt ist auch dadurch entstanden, daß sich die Fraktion der CDU/CSU immer wieder weigerte, die vorhandenen und anwachsenden Agrarüberschüsse und die ausufernden Kosten für die Verwertung dieser Überschüsse mit Nachdruck durch eine Agrarreform in Brüssel abzubauen und entsprechende Anpassungen zu Hause auf der Erzeuger- und Vermarktungsstufe vorzunehmen. Diese auch dadurch bedingte ungünstige Situation wird trotz inzwischen eingeleiteter und überfälliger Agrarreform durch die Währungsturbulenzen zusätzlich verstärkt.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

— angesichts der ungünstigen Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft dafür einzutreten, daß die Einkommensverluste aus einer Aufwertung der „Grünen Kurse" kompensiert werden;

— in Brüssel darauf hinzuwirken, eine tragfähige Lösung der agrarmonetären Probleme zu erreichen und dafür endlich ein Alternativkonzept vorzulegen und dieses dem Deutschen Bundestag zur Beratung zu geben;

— alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft, die auch schon im EU-Binnenmarkt ohne Aufwertung bestehen, durch eine mögliche Aufwertung jedoch erheblich verschärft werden, abzumildern. Dazu gehört auch die Überprüfung und ggf. erforderliche Neuorientierung aller zugunsten der deutschen Landwirtschaft und des Ernährungsgewerbes eingesetzten Maßnahmen und Mittel, insbesondere die Durchsetzung einer in sich schlüssigen Neukonzeption der vielfältigen flächenbezogenen Beihilfen.

Bonn, den 17. Mai 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333